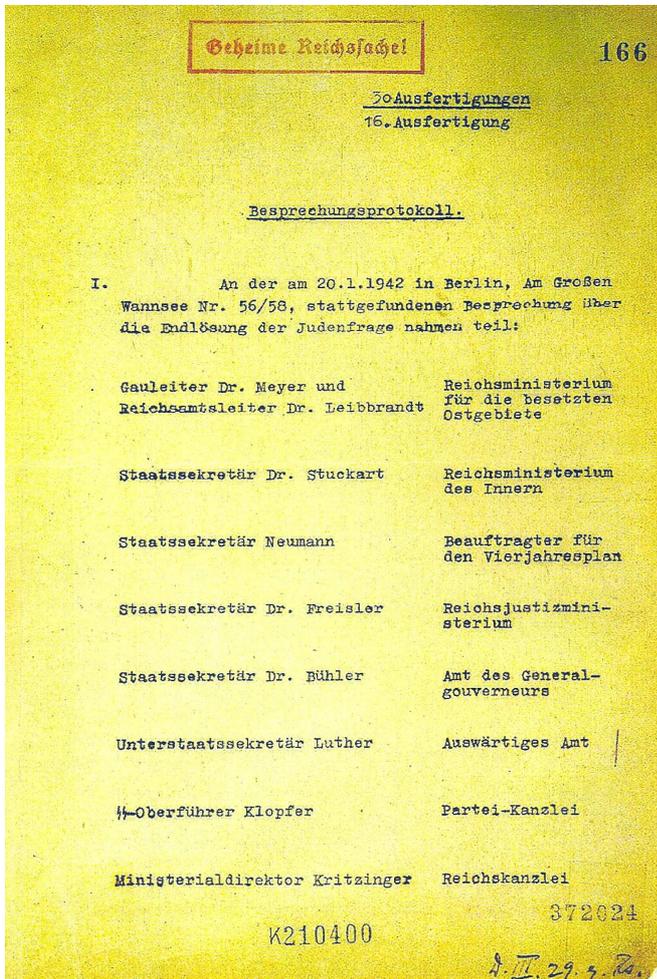


ZeitZeugenBrief

Wir organisieren und vernetzen Erinnerungsarbeit ❖ Februar 2012



Wannsee-Konferenz 1942-2012

Dokumentartheater am historischen Ort
Von Klaus Riemer, Zeitzeuge

„Geheime Reichssache“ - also die höchste Geheimhaltungsstufe - war angesagt, als am 20. Januar 1942 fünfzehn Spitzenbeamte der Ministerialbürokratie und der SS in der Villa am Wannsee zusammensaßen, um die Deportation und Ermordung der Juden Europas zu organisieren. Vorsitzender war SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, der direkt vom Reichsmarschall Hermann Göring „bestellt“ war, um die „Endlösung der europäischen Judenfrage“ vorzubereiten.

Vor den geplanten Veranstaltungen zum 70. Jahrestag der Wannsee-Konferenz war in einer Pressekonferenz zu erfahren, dass am

historischen Ort ein einzigartiges Dokumentar-Theater-Projekt zu erleben sein wird. Diesmal tragen nicht Schauspieler den Text vor, sondern Historiker, die intensiv die Biographien der einzelnen Konferenzteilnehmer erforscht haben.

In einem gemeinsamen, zweimonatigen Arbeitsprozess entstand eine Darstellungsform, die sich bewusst von bisherigen Fiktionalisierungen unterscheidet: Den Verfilmungen und Inszenierungen mit ihrem „So ist es gewesen“-Anschein wird ein unmissverständliches „So könnte es gewesen sein“ entgegengesetzt. Ziel ist, dass das Arbeitsergebnis wissenschaftlich genau und künstlerisch offen bleibt und in seiner historischen Dimension sichtbar und nachvollziehbar wird.

Nur Christian Tietz ist als Regisseur der einzige Theater-Profi. Er hat das Projekt konzipiert und künstlerisch geleitet.

Die Biographien und die Darstellung haben erarbeitet: Utz Ebertz, Robert Fuchs, Felix Jentsch, Hans-Christian Jasch, Olaf Löschke, Ingo Löppenber, Sören Marotz, Ralf Meindl, Gunnar Meyer, Andreas Mischok, Christian

Inhalt

Wannsee-Konferenz 1942-2012	1
Auf den Spuren jüdischer Emigranten	2
Willkommen im spießigen Schurkenstaat	4
Mehr als ein Lichtblick	4
Vergessene Skandale	5
In eigener Sache	7
Gratulationen	7
Zeitzeugen gesucht	7
Veranstaltungen der ZeitZeugenBörse	8
Ankündigungen	8
Mitgliederversammlung	8

Paul-Jacobs, Philipp Schweiger und Sebastian Wießner. Dramaturg war Kalliniki Fili, Philipp von Breitenbachs Filmaufzeichnungen ergänzen das Projekt.

Förderer sind die *Heidi-und-Heinz-Dürr-Stiftung*, der *Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)*, die *Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ)*, der *Anne-Frank-Fonds* und die *Rosa-Luxemburg-Stiftung*.

Über den Verlauf der Veranstaltungen wird der **ZeitZeugenBrief** in der nächsten Ausgabe berichten.

Auf den Spuren jüdischer Emigranten

von Peter Mosler, Zeitzeuge

Wie kann man in der Einwanderungsgesellschaft historische und aktuelle Erfahrungen vermitteln? Diese Frage stellte sich das Haus der Wannseekonferenz. So ist das Projekt einer Reise auf den Spuren jüdischer Emigranten vom Haus der Wannseekonferenz entworfen und betreut worden, auch im Wissen darum, dass Zeitzeugen immer weniger zur Verfügung stehen.

Die Gruppe der Teilnehmer setzte sich aus Jugendlichen zusammen, die im Jahr davor drei Monate die Geschichte der Shoah und die Beziehungsgeschichte Türkei und Deutschland bearbeitet hatte. Die Schülerinnen und Schüler kamen aus dem Heinrich-Kleist-Gymnasium, dem Schiller-Gymnasium, dem Friedrich-Engels-Gymnasium und von der Katholischen St. Franziskus-Schule. Die Gruppe war gemischt, wie jede Schulklasse heute - deutsche Schülerinnen und Schüler und solche mit Migrationshintergrund - und doch hatten die Teilnehmer das Gefühl, am Schluss familiär zusammengewachsen zu sein.

Am 12. Dezember 2011 lud das Heinrich-Kleist-Gymnasium zu einer Filmvorführung ein. Thema: Reise, Flucht und Migration. Flucht ergreift ein Mensch in Angst um Leib und Leben, Migration ist ein Massenphänomen der Gegenwartsgesellschaft. Und doch gibt es, mathematisch gesprochen, viele Schnittmengen bei beiden.

So kam es nicht von ungefähr, dass die Schülerinnen und Schüler in Paris mit der Situation der *sans papier* (Flüchtlinge ohne Ausweisdokumente) vertraut gemacht wurden, und an der grünen Grenze Frankreich-Spanien liefen sie die Flüchtlingsroute der Republikaner aus Spanien nach dem Bürgerkrieg ab wie die Strecke der deutschen Flüchtlinge. Auf dem Friedhof in Portbou sahen sie den Gedenkstein zur Erinnerung an Walter Benjamin. Damals war es für die Flüchtlinge so gut wie ausgeschlossen, von Frankreich ein *visa de sortie* (Ausreisevisa) zu bekommen. Benjamin, der in den Monaten zuvor bereits oft von Selbstmord gesprochen hatte, nahm sich 1940 in seiner Verzweiflung in Portbou das Leben.

Die Route der Gruppe führte von Berlin nach Paris, Marseille, Perpignan, Barcelona.

„Wir haben etwas über französische und spanische Geschichte erfahren, auch darüber, wie andere Völker mit ihrer Geschichte umgehen.“- „Deutsche Erinnerungskultur ist nicht selbstverständlich.“

Auf meine Frage: „Wie war das Verhältnis von Vergnügen und Pflicht?“ sagte eine Schülerin entspannt: „Ausgewogen...“ Es waren 10 Tage in den Sommerferien, jeder konnte sich dafür entscheiden oder dagegen- „und es hat nichts gekostet...!“ fügte ein anderes Mädchen offen hinzu. Aya und Elke, unsere Begleiterinnen - sie haben ein Gefühl dafür gehabt, wann wir eine Pause brauchen.“

Tom Knoll, 18 Jahre, aus dem Schiller-Gymnasium, mit der Filmkamera vertraut, erhielt den Auftrag, einen Film von dieser Reise nach Frankreich und Spanien zu drehen. Am Schluss sagte er erschöpft: „Man musste viel schneiden, um zu einem Film von 50 Minuten zu kommen.“ Ich hatte am Tag zuvor „Exil Shanghai“ von Ulrike Ottinger im „Arsenal“ gesehen, professioneller gedreht als „Auf den Spuren jüdischer Emigranten“, aber 5 Stunden und 15 Minuten lang, und immer wieder sprangen den Zuschauer Bilder an, die hätten geschnitten werden müssen.

Der Film von Tom Knoll spart an historischen Informationen. Die Aufnahmen sind eher für Teilnehmer als für Außenstehende gedacht, - aber so ist ein wichtiges Dokument der Erinnerung an die zehntägige Reise nach

Frankreich und Spanien entstanden. Noch wichtiger ist die Erinnerung im Herzen der Schüler und Schülerinnen. Eine Teilnehmerin sagte im Gespräch: „Ich bin vor kurzem bei einer Veranstaltung am Mahnmahl beim Bahnhof Berlin-Grünnewald gewesen.“

Willkommen im spießigen Schurkenstaat

Von Wolfgang Benz

(gekürzt von Julia Kunze, Sozialwissenschaftlerin)

Die DDR ist nicht so unbekannt und vergessen, wie gerne behauptet wird. Geschichtliche Aspekte des anderen deutschen Staates werden reichlich mit musealen Mitteln thematisiert. Zahllose Sammler zeigen ihre Schätze an vielen Orten von Usedom bis Pforzheim.

Ein Produkt des Sammlerfleißes ist etwa das DDR-Museum in Radebeul. In einem DDR-typischen Verwaltungsgebäude treffen die Relikte des Alltags auf ein dankbares Publikum. Auf vier Stockwerken werden unreflektiert Relikte aus vergangenen Zeiten deponiert und zur Schau gestellt. Das Unternehmen „Zeitreise DDR-Museum Radebeul“ belegt mit dieser Methode eine beachtliche Zahl von Quadratmetern und lockt mit flotten Sprüchen zum Geschichtserlebnis. Für „Staat und Institutionen“ stehen ein Postamt, der Abfertigungsbereich einer Bahnstation, Relikte der NVA, der Volksmarine und der DDR-Fischerei. In den historischen Kontext eingeordnet wird dies auf Schildern, die lakonisch Daten und Fakten künden. Zwei Beispiele: „1953, 20. April, Erhöhung der Preise für rationierte Lebensmittel“ und „1953, 17. Juni, Volksaufstand, nach offizieller Lesart ‚Faschistischer Putschversuch‘“.

Möglicherweise verlassen einstige DDR-Bürger oder naive Besucher aus dem Westen das Haus mit dem Gefühl, einen tiefen Blick in die Geschichte getan zu haben. Sie wissen jetzt, was sie schon immer wussten über die schlechte Produktqualität, über den latenten Mangel, die Schattenwirtschaft, die Beengtheit, das elende Leben unter dem Unrechtsregime.

Auch die beiden ehemaligen Haftanstalten Berlin-Hohenschönhausen (Stasi-Gefängnis) und Bautzen (DDR-Strafvollzug) thematisieren das Spannungsfeld von individueller Erfahrung und kollektiver Erinnerung. Ehemalige Gefangene sind geleitet vom Bedürfnis nach öffentlicher Anprangerung des Systems, das ihre Leiden verursacht hatte. Politischer Streit

zwischen den Parteien und Kämpfe zwischen Opferverbänden und Gedenkstätten-Verantwortlichen waren auch in Bautzen die Folge, insbesondere prallten die Gegensätze aber in Berlin-Hohenschönhausen aufeinander. Dort überlässt der fachlich umstrittene, aber von konservativen Politikern hoch gelobte Direktor in einzigartiger und höchst bedenklicher Weise den Opfern die Deutungshoheit und setzt auf Schockpädagogik gegenüber den Besuchern.

Unter den Erlebnismuseen wiederum scheinen sich militärische Objekte besonderer Beliebtheit zu erfreuen. Bunker, die in der Regel als „Atombunker“ tituliert sind. In Prenzlau bei Berlin etwa ist der „Honecker-Bunker“ zu besichtigen, bei Biesenthal kann das „Objekt 17/5005 des MfS“ besucht werden. Das war die unterirdische Führungsstelle des Ministeriums für Staatssicherheit, die Erich Mielke und 160 Mitarbeitern auf 2500 Quadratmetern Überleben und Arbeitsmöglichkeit im Kriegsfall bieten sollten.

Nordöstlich von Berlin, bei Strausberg, befand sich beim Dorf Harnekop der Führungsbunker 01 des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR. Die drei Etagen des Bauwerkes wurden 1971 bis 1976 errichtet, der Zugang erfolgte durch das darüber stehende Stabsgebäude, das offiziell Schulungen diente. Eine kleine Mannschaft tat hier Dienst im 24-Stunden-Schichtbetrieb, im Ernstfall wären 450 hochrangige Militärs und der Minister als „Kampfbesatzung“ eingezogen. Heute kann man im Bunker übernachten, unter der Erde Hochzeit feiern, nächtliche Bunkerführungen buchen, eine Imbissgastronomie (nach NVA-Rezepten) in Anspruch nehmen, ein Museum für DDR-Fahrzeuge oder ein Museum für NVA-Nachrichtentechnik besuchen oder bei einer Paint-Ball-Schießerei fröhlich sein. Vor allem aber soll man im Bunker Harnekop und in seinem Ambiente die militärtechnischen Leistungen der DDR bewundern. Anlage und Einrichtung wirken überaus authentisch. Vom politischen Kontext des Bunkerbaus, vom Bedrohungsgefühl der DDR, vom Freund-Feind-Denken der Konfrontation der beiden deutschen Staaten, ist keine Rede. Reflexion darüber liegt den Betreibern des historischen Denkmals fern.

In den meisten musealen Inszenierungen fehlt der reflektierte Umgang mit den Gründungsmythen und Ideologie der DDR. Die Reduktion der DDR zum Schurkenstaat entspricht zwar

verbreiteter Überzeugung, blendet aber die Frage nach Alternativen in der Situation der Nachkriegsjahre nach dem Untergang des NS-Staats aus. Wenn die DDR von allem Anfang an illegitim war, erübrigt sich die Frage nach ihrer politischen Existenz. Die politische Geschichte der DDR wie ihre Sozialgeschichte müssen unbefangenen Blickes erst noch geschrieben werden. Das lehrt der Besuch der Museen und Dokumentationsstellen, der Sammlungen von Relikten und der Pflegestätten der Nostalgie. Eine seriöse Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Medium Museum hat noch kaum begonnen.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger Direktor des Zentrums für Antisemitismus-Forschung an der TU Berlin. Sein Beitrag basiert auf einem Aufsatz für die Dezemberausgabe der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“.

Mehr als ein Lichtblick

Von Klaus Riemer, Zeitzeuge



Foto: Ganna Iwanenko

Die Journalistin Ganna Snigur-Grabovska, Korrespondentin der Ukrainischen Nationalen Nachrichtenagentur "Ukrinform" und des National Radio der Ukraine in Deutschland, interviewte unseren Zeitzeugen Dr. Karl-Heinz

Rinne. Ähnlich wie in GEO HISTOIRE (ZZB-Monatsbrief Januar 2012) können hier Nachkriegsgenerationen erfahren, was Krieg für viele Einzelschicksale bedeutet hat. Nicht zuletzt auch hier ein nicht hoch genug zu schätzender Beitrag zum besseren Verständnis und zur Versöhnung.

Im Oktober 1941 erhielt der 18-jährige Karl-Heinz Rinne den Einberufungsbefehl. Er

In der ukrainischen Zeitschrift KRAJINA („Das Land“) erinnern sich Rotarmisten, Soldaten der ukrainischen Aufstandsarmee und der deutschen Wehrmacht an den Zweiten Weltkrieg. Sie erzählen auch von ihrem heutigen Leben.

wohnte damals mit seinen Eltern in Berlin. Obwohl er nicht in den Krieg ziehen wollte, wurde er gezwungen. Sein Vater, der im Ersten Weltkrieg schwer verwundet wurde, war gleichfalls gegen einen neuen Krieg. Aber die einfachen Deutschen fragte keiner. In seiner Schulklasse war Rinne wohl der Einzige, der nicht der Hitler-Jugend beigetreten war. (Dadurch wurde ihm der Weg an die Universität verbaut).

Der Militärdienst begann mit fünf Wochen Wehrausbildung. Als der Ausbildungsoffizier begriff, dass er an der Front einen miserablen Soldaten abgeben würde, schickte er ihn für sechs Wochen in die Sanitätssoldaten-Ausbildung.

Ende 1942 begann seine „Tournée“ als Sanitätsunteroffizier durch Europa, Zunächst schickte man ihn nach Polen, danach in die Ukraine nach Dnjepropetrowsk, von da nach Rovno, und dann zusammen mit dem Hauptarzt und zwei Sanitätern zu einem Dorf nicht weit von Pripjat. In einem der Häuser haben sie ein kleines Lazarett eingerichtet. Seitdem begannen auch die Einheimischen, die im eigenen Dorf keinen Arzt hatten, zu ihnen zu kommen. Nicht-Deutsche zu behandeln, war offiziell untersagt. Aber sie fanden einen Weg, den Erkrankten zu helfen. Manchmal standen die Ukrainer am Lazarett Schlange - dankbare Patienten brachten Eier, Hühner, Schnaps.

1943 wurde Rinne nach Paris geschickt, danach nach Athen, und von dort machte er sich mit Kameraden im Oktober 1944 auf den Weg Richtung Berlin. Einer seiner Freunde sagt scherzhaft, dass er den ganzen Krieg im Zug verbracht habe. Rinne bedauert keinesfalls, am Krieg teilgenommen zu haben, denn er hat den Menschen das Leben gerettet und nicht genommen. Für ihn hat das, was die Nazis angerichtet haben, keine Rechtfertigung. Einfache Soldaten wussten damals so gut wie nichts von den Gräueltaten, die in Hitlers Auftrag begangen wurden. Ein verwundeter Offizier erzählte einmal von Deutschen, die andere Menschen dazu zwangen, sich ihr eigenes Grab auszuheben. Dann wurden die Opfer scharenweise mit Gewehren erschossen und, ob tot oder noch lebend, in die Grube hineingeworfen. Die Zuhörenden dachten, der ist verrückt oder liegt in Agonie. Es war aber die Wahrheit, die schreckliche Wahrheit.

In Österreich erreichte ihn am 8. Mai 1945 die Nachricht von der Kapitulation Deutschlands. Doch auf dem Weg nach Hause wurde er von

den US-Amerikanern gefangen genommen und kam erst im Oktober zurück nach Berlin.

1946 konnte er endlich mit dem Medizinstudium beginnen. 1952 heiratete er die 12 Jahre jüngere Maria, eine Bibliothekarin. (Sie starb vor 14 Jahren an Lungenkrebs.) 1953 eröffnete er in Westberlin eine eigene Zahnarztpraxis, in der er bis 1978 arbeitete. Heute lebt er zusammen mit seinem 48-jährigen Sohn Andreas in einem zweistöckigen Haus.

Der heute 88-jährige gibt freimütig zu, dass er heute unter weit besseren Verhältnissen lebt als einstige Kriegsgegner, aber auch als viele deutsche Veteranen, die keine sozialen Vergünstigungen oder Staatsrenten haben. Nur diejenigen, die im Krieg schwer verwundet waren und nicht arbeiten konnten, werden unterstützt.

Das Interview wurde von der Ukrainischen Agentur online veröffentlicht:

<http://www.ukrinform.ua/ukr/order/?id=1011136&ulq>



Hier wurden mehrere Barrieren übersprungen: nicht nur die Sprach- und Schrift-Barriere, auch die Barrieren zwischen einst verfeindeten Nationen. Und das ist wohl das Wichtigste und mehr als ein Lichtblick.

Übersetzungen und Erläuterungen besorgten Zeitzeugen, denen wir an dieser Stelle herzlich danken möchten.

Vergessene Skandale

Von Klaus-Dieter Pohl, Zeitzeuge

Der erste SPIEGEL des Jahres 2012 befasst sich in einem achtseitigen, kaum von Anzeigen unterbrochenen Artikel damit, wie nazibraun die Gründerjahre der Bundesrepublik Deutschland wirklich waren. Dies anlässlich des Umstandes, dass - ausgelöst von dem Buch „Das Amt“ über das Wirken des Auswärtigen Amtes im Dritten Reich - Ministerien und Behörden nun zum ersten Mal offiziell die Frage ihrer eigenen mehr oder minder braunen Vergangenheit untersuchen.

Literarisch - gleichwohl in den Fakten historisch genau - ist diese Frage in der Vergangenheit schon lange behandelt worden - und wird es derzeit wieder: Auf Seite 105 des erwähnten SPIEGEL-Heftes befindet sich die

aktuelle Bestseller-Liste, wo Ferdinand von Schirachs „Collini“ auf Platz 11 liegt.

Der Berliner Strafverteidiger Ferdinand von Schirach - Enkel des einstigen „Reichsjugendführers“ Baldur von Schirach - beschreibt in diesem Buch die Geschichte eines italienischen Gastarbeiters, der einen 85-jährigen Deutschen umbringt, weil dieser als SS-Sturmabteilungsführer im 2. Weltkrieg Partisanenerschießungen befohlen und befehligt hat. Unter den Opfern war auch Collinis Vater; seine gegen den Täter Ende der 60er Jahre erstattete Anzeige blieb folgenlos: Das Verfahren wurde eingestellt.

Anders als in seinen beiden vorherigen Büchern - „Verbrechen“ und „Schuld“ -, in denen der Autor aus seiner Anwaltstätigkeit stammende, allerdings bis zur Unidentifizierbarkeit verfremdete Fälle rasant und manchmal atemberaubend lakonisch erzählt, ist für „Collini“ der erfolglos gebliebene Fall der Strafverfolgung eines NS-Täters die Vorlage und zugleich der thematische Aufhänger für die literarische Behandlung der in weiten Bereichen unterbliebenen strafrechtlichen Aufarbeitung von NS-Kriegsverbrechen.

Und so führt der Roman - historisch exakt - in die Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der 60er Jahre.

Die seit 1966 regierende *Große Koalition* hatte - neben vielen anderen Gesetzgebungsvorhaben - eine seit langem vor sich hin schmorende Strafrechtsreform in Angriff genommen, durch die - neben Änderungen im Bereich der Strafbarkeit männlicher Homosexualität, dem Schwangerschaftsabbruch und auch im Bereich der Vorschriften über Landesverrat - so alte Zöpfe abgeschnitten wurden wie die Strafbarkeit des Ehebruchs oder der Eltern wegen Kuppelei, die es ihrer erwachsenen Tochter erlaubten, ihren Verlobten in der elterlichen Wohnung nächtigen zu lassen...

Herausgelöst aus dem Strafgesetzbuch wurden bei dieser Gelegenheit auch die „Übertretungen“ (zum Beispiel „Grober Unfug“, „Fahren ohne Deichsel“ und auch „Mundraub“), für die nun ein eigenes Gesetz, das Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG), geschaffen wurde, das am 1.10.1968 in Kraft trat (in erster Linie Verkehrsübertretungen und deren Rechtsfolgen betreffend).

Vergessene Skandale

Federführend bei der „Großen Strafrechtsreform“ war der Generalreferent im Bundesministerium der Justiz (BMJ), Eduard Dreher. Im Einführungsgesetz zum OWiG (EGOWiG) brachte er in Artikel 1 Nr. 6 eine Gesetz gewordene Vorschrift unter, die - vereinfacht gesagt - zu einer verschleierte Amnestie für die meisten NS-Täter wurde.

Wie das ?

Mit dem sogenannten Staschinskij-Urteil des Bundesgerichtshofs vom 19.2.1962, durch das der KGB-Agent Bogdan Staschinskij wegen Tötung zweier Exil-Ukrainer lediglich wegen Beihilfe zum Mord mit der Begründung verurteilt worden war, die wahren Täter säßen in Moskau, war der Weg bereitet für die Reduzierung der Tatvorwürfe auch gegenüber NS-Tätern: sie waren nur Gehilfen von Hitler, Himmler & Co, die ihrerseits nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden konnten (s. zu diesem Komplex auch „Die trapsende Nachtigall“, im ZZB 3/10 - d. Verf.)

Da nach diesem Urteil die meisten NS-Unrechtstäter lediglich „Gehilfen“ waren, ihre Handlungen also „Beihilfe“, waren die gegen sie verhängten Strafen - sofern „besondere persönliche Merkmale“ (Art. 1 Nr. 6 EGOWiG) nicht nachzuweisen waren - „nach den Vorschriften über die Bestrafung des Versuchs zu mildern.“ Die Reduzierung des möglichen Strafmaßes führte gleichzeitig zu einer Verkürzung der Verjährungsfrist; somit waren - nach damaligem Recht - sämtliche als Beihilfe zum Mord zu bewertenden Taten seit 1960 verjährt.

Wenn man sich Eduard Dreher's Biographie anschaut - 1907 geboren, Studium der Rechtswissenschaften, seit 1937 Mitglied der NSDAP und von 1938 bis Ende des 2. Weltkrieges Staatsanwalt (u.a. am Sondergericht in Innsbruck, wo er auch bei Bagatelldelikten Todesstrafen beantragte) und Stellvertreter der Generalstaatsanwalt, seit 1951 beim BMJ, wo er rasch auf der Karriereleiter nach oben klimmt - fällt es einem schwer, diese „kalte Amnestie“ lediglich als „Panne“ zu begreifen, wie es „die Politik“ damals versuchte.

Dazu war Eduard Dreher, der auch der Verfasser eines der maßgeblichen Kommentare zum Strafgesetzbuch war, ein zu hochkarätiger Jurist. Bis zu seinem Tode im Jahre 1996 hat er sich zu dieser Frage nicht geäußert ...

Vor diesem realskandalösen Hintergrund erzählt Ferdinand von Schirach eine zudem sehr

lesenswerte Geschichte. Die eher als zurückhaltend zu bezeichnenden Kritiken haben die politisch-historische Dimension nach meinem Eindruck entweder nicht recht wahrgenommen - oder sie war ihnen „wurscht,..“ Schade eigentlich.

Post Scriptum:

Dieser damals vom BMJ - Bundesjustizminister war damals immerhin Dr. Dr. Gustav Heinemann - als „Panne“, herabgestufte Vorfall bedeutet ja, dass niemand im Gesetzgebungsverfahren - nicht einmal die „interfraktionelle Fraktion der Juristen“, im Bundestag - die Tragweite der im EGOWiG verborgenen Vorschrift erfasst hat. Das wiederum bedeutet, dass Abgeordnete wenigstens gelegentlich Gesetzentwürfen zustimmen, deren Tragweite sie nicht erkennen.

Stimmt, und jede andere Annahme wäre naiv. Naiv ist aber auch die Annahme, dass die Abgeordneten sich wenigstens die Gesetze durchlesen, bevor sie ihnen zustimmen.

Hier der Beweis:

Das Verb „gedenken“ geht „mit Genitiv“, wie es im Duden heißt.

In § 1 Abs. 1 Satz 1 des „Gesetzes über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ in der Neufassung aus dem Jahre 2005 hieß es in der im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Fassung: „Dieses Gesetz dient dazu, den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft in besonderer Weise zu gedenken...“

Hier war also - nach Sebastian Sick - „der Dativ dem Genitiv sein Tod.“

Nachdem neben ätzenden Glossen in der juristischen Fachliteratur auch die Gesellschaft für die deutsche Sprache auf den Lapsus aufmerksam geworden war, bedurfte es einer förmlichen Gesetzesänderung im Jahre 2007, um dem Genitiv zu seinem Recht zu verhelfen. Und um die Peinlichkeit zu verdecken, fügte man zusätzlich einige eher kosmetische Änderungen ein.

Hier hat also irgendein Referent - vermutlich im BMJ - einen Gesetzentwurf gefertigt und den Fehler - wenn's absichtlich war, war's großartig - eingebaut. Nachdem auch andere Ministerien damit befasst waren (jedenfalls Finanzen, denn es könnte ja Geld kosten; vielleicht auch Inneres?), passierte der Entwurf

Vergessene Skandale / In eigener Sache / Gratulationen / Zeitzeugen gesucht

das Kabinett, kam in den Bundestag und von dort nach mehreren Lesungen in den Bunderrat und danach zum Bundespräsidenten, der nach Prüfung des formell richtigen Zustandekommens des Gesetzes und keiner erkannten Verfassungswidrigkeit seine Unterschrift - Horst Köhler war, s - daruntersetzte, wonach es im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Und keinem ist aufgefallen, wie es richtig hätte heißen müssen. Da nicht zu unterstellen ist, dass in den Ministerien und in den Parlamenten sowie im Bundespräsidialamt (vom Präsidenten ganz zu schweigen) nur sprachliche „low performer“ tätig sind, bleibt nur eine Schlussfolgerung: Sie lesen die Gesetzentwürfe nicht einmal, über die sie abstimmen. Denn bei § 1 Abs. 1 Satz 1 kann man nicht bereits von einer fortschreitenden Ermüdung infolge überlanger Lesearbeit sprechen ...

In eigener Sache

Die **ZeitZeugenBörse** legt Wert auf die Feststellung, dass die Veranstaltung **Leben ohne Einkaufen** am 17. Januar 2012 abgesagt werden musste, weil Herr **Rudolf Kendzia** selbst darauf verzichtet hat, sich im **Halbkreis** kritischen Fragen zu stellen.

Wer seine politische Biografie näher kennenlernen möchte, kann sich hier informieren:
Abgeordnetenhaus Berlin 11. Wahlperiode, Handbuch II, Fraktionen, Ausschüsse, Abgeordnete, Berlin 1989
Antifaschistisches Autorenkollektiv: Drahtzieher im braunen Netz, Hamburg 1996
Holthusen, Bernd: *Rechtsextremismus in Berlin*, Marburg 1994
Landesamt für Verfassungsschutz Berlin, Durchblicke, Nr. 7, Rechtsextremistische Bestrebungen in Berlin, Berlin 1997
Bernd Wagner, *Handbuch Rechtsextremismus*, Hamburg 1994

Gratulationen



*Wir gratulieren allen im
Februar geborenen Zeitzeugen*

02.02. Peter Seidel und Ulrich Waack,
03.02. Helga Deglmann,
04.02. Else Danielowski und Alice Pless,
05.02. Erika Schroeder,

06.02. Herbert Reiprich, 10.02. Anna Fuchs,
11.02. Georg Geismann, 15.02. Peter Lorenz,
16.02. Walter Sylten,
20.02. Hans-Karl Behrend,
21.02. Klaus Schulz-Ladegast,
24.02. Rosemarie Bender-Rasmuß,
25.02. Dorit Albrecht, 26.02. Hubert Draegert,
27.02. Gertraud Tietz



Zeitzeugen gesucht

Suchmeldungen

Nr. 221/2011 Adeline Busson, Universität Lemans, sucht für ihre Doktorarbeit ehemalige DDR-Bürger, die bereit sind, sich mit ihr zu treffen, private Fotografien aus der DDR-Zeit zu zeigen und zu erzählen, welche Erinnerungen diese Bilder hervorrufen. Unabhängig von Alter, Geschlecht, beruflicher Werdegang, Sozialschicht, damaliger Wohnort, interessieren sie sich für jedes Individuum. Interviews sind ab Januar bis Ende April, spätestens Anfang Mai vorgesehen.

Nr. 227/2011 Zeitzeugen aus der Oderregion 1980 - 1989 melden sich bitte im Büro der ZeitZeugenBörse.

Gesucht werden außerdem Zeitzeugen und -zeugnisse zu diesen Themen:

Nr. 02/2012 *Berlin am Ende der Weimarer Republik (1932)*,

Nr. 04/2012 *Die Perzeption der Kubakrise in Berlin (1962)*,

Nr. 05/2012 *Vorgeschichte und Beweggründe der Politik des „Wandels durch Annäherung“ in Berlin (1963) sowie Das Inkrafttreten der Berlin-Regelung (1972)*.

Nr. 08/2012 Für eine Dokumentation der ARD über Otto Grotowohl suchen wir Zeitzeugen, die Angehörige bzw. Mitarbeiter des ehemaligen DDR-Ministerpräsidenten waren.

Nr. 09/2012 - Im Rahmen eines Projektes „Vor- und Nachbereitung der Gedenkstätte Buchenwald“ werden vom *Diakoniewerk Duisburg* Zeitzeugen gesucht.

Anmeldungen bitte im Büro der ZZB.

HALBKREIS

Dienstag, 14. Februar 2012, um 15 Uhr

Verfolgung während des „Dritten Reiches“ und das Leben nach 1945

Wolfgang Eckstein wurde 1925 als Sohn eines jüdischen Vaters und einer christlich getauften Mutter in Berlin geboren. Damit ist er in der Sprache der Nazis „Halbjuden“ und „wehrentüchtig“. Wegen antisemitischer Ausschreitungen schickt die Mutter den 12jährigen 1937 nach Jugoslawien. Er schließt sich in Zagreb dem kommunistischen Jugendverband an. Es folgt eine schreckliche Odyssee durch Gefängnisse und Arbeitslager – Hunger, Gewalt, Lebensgefahr. Über seine Verfolgung und sein Leben nach dem Krieg wird uns Wolfgang Eckstein berichten.

Dienstag, 28. Februar 2012, um 15 Uhr

Der Kirchenkampf im Dritten Reich

Bereits im November 1932, also vor Hitlers „Machtergreifung“, tritt die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ bei Kirchenwahlen auf – und damit beginnen die Auseinandersetzungen und schließlich der Kampf um die (nationale oder christliche) Kirche in Deutschland. **Klaus Schwerk** wird aus Dokumenten seiner Eltern und eignen Erinnerungen versuchen, dies in Ausschnitten zu beschreiben.

Weitere Beiträge zu anderen Konfessionsrichtungen sind ebenfalls willkommen, so z.B. über die „Deutsche Gotteserkenntnis (L)“

Moderation Eva Geffers

Veranstaltungsort: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 10787 Berlin, An der Urania 4-10
Ecke Kurfürstenstraße, Verkehrsverbindungen U1, U2, U3 Wittenbergplatz/Nollendorfplatz
Bus 100, M29, 187 - Haltestelle Schillstraße - Bus 106, M19, M46 - Haltestelle An der Urania

Ankündigungen

Mitgliederversammlung am 13. März um 15 Uhr in der Landeszentrale

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!
V.i.S.d.P.: Eva Geffers. Redaktion: Eva Geffers, Lektorat und Layout: Dr. Klaus Riemer

ZeitZeugenBörse e.V. Ackerstr. 13, 10115 Berlin

Tel. 030 – 44046378, Fax 030 – 44046379

Mail: info@zeitzeugenboerse.de. Web: www.zeitzeugenboerse.de

Büro: Mo, Mi, Fr 10 -13 Uhr

Druck Typowerkstätten Bodoni, Linienstr. 71, 10119 Berlin

Tel. 030-2825137, Fax 030-28387568 - Mail: info@bodoni.org

Redaktionsschluss ist der 15. des Monats vor jeder Ausgabe

Kürzungen und Bearbeitungen der Beiträge bleiben der Redaktion vorbehalten.

Den Wunsch nach Kontrolle vor der Veröffentlichung bitte extra und mit Tel.-Nr. vermerken.

Wer den *ZeitZeugenBrief* statt per Post per E-Mail erhalten will, schickt uns bitte eine E-Mail!

Über Spenden freuen wir uns sehr: Bank für Sozialwirtschaft BLZ 10020500, Kontonummer 3340701